

Faktencheck:

Warum AfD wählen immer eine schlechte Idee ist.

Wir erleben jeden Tag in den Betrieben und Dienststellen: Ohne die gelebte Vielfalt unserer Kolleginnen und Kollegen würde kein Krankenhaus, keine Fabrik, keine Schule, kein ÖPNV, keine Baustelle, kein Hotel, eigentlich kein Betrieb mehr funktionieren.

Wir arbeiten zusammen. Wir leben zusammen. Wir sind Kolleginnen und Kollegen, wir sind Freundinnen und Freunde. Die rassistischen und menschenverachtenden Pläne der AfD und ihrer rechtsextremen Verbündeten drohen jetzt, diesen Zusammenhalt kaputt zu machen.

Anders als die Rechten immer behaupten, stehen sie nicht auf der Seite der "kleinen Leute" – weder mit noch ohne Migrationsgeschichte. Im Gegenteil: Die AfD vertritt eine neoliberale Politik, mit der die Armen ärmer und die Reichen noch reicher werden.

Faktencheck: Warum AfD wählen immer eine schlechte Idee ist. (PDF, 758 kB)

Die wichtigsten Fakten, wie die AfD den Beschäftigten und kleinen Geldbeuteln schadet, findet ihr in diesem Spicker.

→ Die Rechten behaupten: "Die AfD ist die neue Arbeiterpartei"

Die Rechten tun so, als stünden sie allein an der Seite der "kleinen Leute" und als steckten die Gewerkschaften mit den "etablierten Parteien" und der "Elite" unter einer Decke.

Fakt ist:

- 1. Die AfD hat im Bundestag immer wieder gegen die Erhöhung des Mindestlohns gestimmt und setzt sich für die Aufweichung der Kontrollmöglichkeiten ein.**
Quelle: Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte - AfD-Positionen unter der Lupe, S. 6 [Download unten]
- 2. Grundlegende Arbeitnehmerrechte wie den Kündigungsschutz oder Mitbestimmungsregelungen betrachtet die AfD als**

„Wettbewerbsnachteile“ für die deutsche Wirtschaft.

Quelle: Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe, S. 7 [Download unten]

3. **Die AfD bekämpft Gewerkschaften und Betriebsräte.** Sie fordert zum Beispiel eine Aufhebung der gesetzlichen Regelung, dass nur Gewerkschaften und nicht einzelne Betriebsräte Tarifverträge aushandeln dürfen („Tarifvorbehalt“). Dadurch würde das Flächentarifsystem unterlaufen und unsere Kampfkraft als Gewerkschaften massiv geschwächt werden.

Quelle: Deutscher Bundestag, 20. Wahlperiode, Protokoll der 100. Sitzung, S.1206

4. **Die AfD leugnet den Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten.** Björn Höcke behauptet, die „neue soziale Frage“ sei nicht mehr die Verteilung des Volksvermögens zwischen „Oben und Unten“, sondern zwischen „Innen und Außen“ – also den Menschen, die nach seinem rassistischen Weltbild zum „Volk“ dazugehören, und denen, die ausgegrenzt, entrechtet und deportiert werden sollen.

Quelle: Rede vom 28.04.2016 in Schweinfurt

Wir Gewerkschaften kämpfen für Deine Interessen als arbeitender Mensch, egal wo Du herkommst, woran Du glaubst oder wen Du liebst! Mit jedem Streik und jeder Tarifrunde kämpfen wir mit Millionen Mitgliedern aktiv für gute Löhne und deine Rechte als Beschäftigte oder Beschäftigter.

→ **Die Rechten behaupten: „Die AfD steht auf der Seite der Mieter“**

Sie tun so, als würden sie an der Seite der Familien und Menschen stehen, die sich ihre Wohnung und die Heizkosten nicht mehr leisten können und unter den steigenden Mieten leiden.

Fakt ist:

1. **Die AfD stellt sich gegen eine Mietpreisbremse.**

Quelle: AfD 2021; Zitat des stellv. Parteivorsitzenden Stephan Brandner: „Meine Damen und Herren, die AfD ist die einzige Partei, die standhaft

bleibt und sagt: kein enteignungsgleicher Eingriff, kein Mietendeckel, keine Mietenfräse und überhaupt keine Drangsalierung von Mietern und Vermietern.“ (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 147. Sitzung, S. 18368)

2. **Die AfD vertritt die Interessen von großen Wohnungskonzernen und bekommt Großspenden von reichen Immobilienspekulanten.**

Quelle: taz [Immobilienhai Henning Conle: Der große AfD-Finanzier?](#)

3. **Die AfD ist gegen Strom- und Gaspreisbremsen.**

Quelle: AfD 2023; Argumentationshilfe: Mieten und Wohnen [Download unten]

4. **Die AfD hat im Bundestag bis heute gegen jede konkrete Entlastung von Mieter*innen gestimmt, wie bspw. die Kappungsgrenze.**

Argumentationshilfe: Mieten und Wohnen [Download unten]

Wir Gewerkschaften kämpfen dafür, dass Du ein bezahlbares Dach über dem Kopf hast. Wir stehen auch dann an Deiner Seite, wenn Du Dir kaum noch eine Wohnung leisten kannst. Wir fordern einen Mietenstopp, den Ausbau der Mietpreisbremse, eine Absenkung überhöhter Mieten und die steuerliche Förderung bezahlbarer Wohnungen.

→ **Die Rechten behaupten: “Die AfD steht auf der Seite der Rentner und kämpft gegen Altersarmut”**

Sie behaupten, dass sie sich für die Menschen einsetzen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und jetzt in Rente gehen.

Fakt ist:

1. **Die AfD ist gegen die Grundrente als Aufwertung des persönlichen Rentenanspruchs**, die viele langjährige Beitragszahler*innen vor der Altersarmut bewahrt.

Quelle: Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe, S. 8 [Download unten]

2. **Die AfD will die Arbeitgeber mit niedrigen Beitragssätzen beschenken, während die Beschäftigten das sinkende Rentenniveau bezahlen sollen.**

Die AfD wirbt für eine umfassende Privatisierung der Altersvorsorge – sie will also Renter*innen sich selbst überlassen.

Quelle: AfD, Reform der Rentenversicherung, Punkt 7; Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe, S. 8 [Download unten]

3. **Die AfD will, dass faktisch jede zweite Frau bis 70 oder länger arbeitet.** Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig, zu gewähren“, so die Formulierung im Entwurf zum Leitantrag zum Bundestagswahlprogramm der AfD. [Wer 45 Beitragsjahre zusammen hat, soll in jedem Fall ohne Abschläge in Rente gehen können.](#) Was auf den ersten Blick vielleicht gut aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als massive Rentenkürzung für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nehmen wir also einmal an, die 45 Jahre würden großzügig gezählt: Alle Beitragszeiten aus Arbeit, Arbeitslosigkeit, Krankengeld, Hartz IV (2005 bis 2010) würden zählen. Ebenso Zeiten der Pflege und pro Kind bis zu zehn Jahre Kindererziehung. Nicht gezählt würden Schule, Hochschule und Fachschule oder Hartz IV (ab 2011). Selbst so großzügig gerechnet, bekäme die Mehrheit (55%) die 45 Jahre bis zum 65. Lebensjahr nicht voll, müsste also über 65 hinaus weiter arbeiten. **Viele (40 Prozent) müssten sogar über 70 hinaus arbeiten, denn ihnen fehlen mit 65 noch mehr als fünf Jahre für die 45 Jahre. Für jede zweite Frau bedeuten die Pläne der AfD: Sie muss weiter über 70 hinaus arbeiten** (bis zu zehn Jahre Kindererziehung schon angerechnet).

Quelle: Wohin will die AfD mit der Rente? Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie den Arzt oder Apotheker – oder direkt Ihre Gewerkschaft [Download unten]

4. **Die AfD will die gesetzliche Rentenversicherung schwächen** und Beitragsgelder auf die Konten von Finanzkonzernen und privaten Versicherern umleiten.

Quelle: Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe, S. 8 [Download unten]

Wir Gewerkschaften kämpfen für eine gute Rente im Alter und gegen einen späteren Renteneintritt. Du hast eine soziale und faire Rente verdient, auch dann,

wenn Du Dir keine private Vorsorge leisten kannst. Wir wollen die gesetzliche Altersvorsorge stärken statt Dich mit individueller Vorsorge alleinzulassen.

→ **Die Rechten behaupten: “Wir stehen auf der Seite der sozial schwachen und Arbeitslosen”**

Die AfD macht fleißig Lobbyarbeit für Unternehmen – mit der Begründung, man müsse den “Arbeitsmarkt flexibilisieren” oder Unternehmen vor “finanziellen Bürden” schützen.

Fakt ist:

1. **Die AfD will die Bundesagentur für Arbeit auflösen** – und damit Kommunen mit der Vermittlung von Arbeitslosen alleine lassen, ohne ihnen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die AfD gefährdet durch ihre Pläne die Arbeitslosenversicherung und die Existenz des Bürgergelds I, da diese eng mit der Bundesagentur für Arbeit verknüpft sind.
Quelle: AfD Grundsatzprogramm 2023, Punkt 5.2; Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe, S. 8 [Download unten]
2. **Die AfD will die Kommunen bei der Vermittlung von Erwerbslosen alleinlassen, ohne diese finanziell besser auszustatten.**
Quelle: Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe, S. 8 [Download unten]
3. **Die AfD will Erwerbslose zu „Bürgerarbeit“ zwangsverpflichten.** Als eigenen Gegenentwurf zum Bürgergeld präsentiert die AfD ein im Nachkriegsdeutschland einmaliges Programm des rigorosen Arbeitszwangs. Wer länger als sechs Monate Grundsicherung bezieht, soll nach Willen der AfD künftig zu 15 Wochenstunden „Bürgerarbeit“ zwangsverpflichtet werden.
Quelle: Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte – AfD-Positionen unter der Lupe, S. 17 [Download unten]
4. **Die AfD fordert härtere Sanktionen statt mehr Unterstützung für Sozialleistungsberechtigte. Sie steht für Abwertung und Ausgrenzung statt gezielte Hilfen.**

Quelle: Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte - AfD-Positionen unter der Lupe, S. 17 [Download unten]

Außerdem:

- **Die AfD ist gegen eine Vermögenssteuer für Superreiche und unterstützt damit die Ungleichheit.** Neben der Abschaffung der progressiven Einkommensteuer gehört die Abschaffung der Vermögen- und der Erbschaftsteuer zu den weiteren Säulen der AfD-Steuerpläne.
Quelle: AfD Grundsatzprogramm 2023, Punkt 11.4; Quelle: Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte - AfD-Positionen unter der Lupe, S. 12 [Download unten]
- **Die AfD ist gegen das Lieferkettengesetz - ein Gesetz, das Menschenrechte und Mindeststandards in der gesamten Produktionskette sicherstellen soll.** Die AfD spricht von einem „Todesurteil für die deutsche Wirtschaft und damit auch Millionen von Arbeitnehmern.“
Quelle: Bundestag 2021; Broschüre #noAfD Keine Alternative für Beschäftigte - AfD-Positionen unter der Lupe, S. 7 [Download unten]

Wir Gewerkschaften wissen, dass gute Arbeit nur dann geleistet werden kann, wenn es auch eine soziale Absicherung gibt. Wenn Du Deine Arbeit verlierst, brauchst Du ausreichend Geld, Sicherheit und Perspektiven statt Angst vor dem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg.

Downloads

[#noAfD Keine Alternative für Beschäftigte - AfD-Positionen unter der Lupe \(PDF, 2 MB\)](#)

Mit der vorliegenden Broschüre zeigen wir auf, dass die AfD eine rassistische, antisemitische und rechtsextreme Partei ist, die eine durch und durch arbeitnehmer*innen- und gewerkschaftsfeindliche Politik vertritt. Die AfD ist gegen alles, wofür wir als Gewerkschaften stehen.

[Wohin will die AfD mit der Rente? Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie den Arzt oder Apotheker – oder direkt Ihre Gewerkschaft \(PDF, 164 kB\)](#)

Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit von 45 Jahren statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig, zu gewähren. Was auf den ersten Blick vielleicht gut aussieht, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als massive Rentenkürzung für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Argumentationshilfe: Arbeits- und Sozialpolitik (PDF, 94 kB)

Die Vielfachkrisen der letzten Jahre haben zu massiven Verunsicherungen bei vielen Menschen und zu einem pessimistischen Blick in die Zukunft geführt. Viele glauben, ihren Lebensstandard nur noch schwer halten zu können und erwarten für ihre Kinder und Enkel deutliche Verschlechterungen. Die Erwartungen an die Politik, Sicherheit und Schutz vor Lebensrisiken zu gestalten, sind bei vielen Menschen enttäuscht und einer Abwendung von etablierter Politik gewichen. Die AfD wird überproportional von Menschen gewählt, die sich selbst als „Arbeiterinnen“ oder „Arbeiter“ beschreiben. Die Partei behauptet, Anwalt der „kleinen Leute“ und auch der abhängig Beschäftigten zu sein.

Argumentationshilfe: Mieten und Wohnen (PDF, 97 kB)

Die Mietpreise in zahlreichen Groß- und Mittelstädten steigen seit Jahren stark an. Ein Drittel aller Mieter*innen müssen mehr als 30 Prozent des Einkommens für die Miete aufbringen. Für Familien und Menschen mit geringeren Einkommen eine enorme Belastung, aber auch sogenannte „Normalverdiener*innen“ ächzen unter den steigenden Mieten. Innenstadtnah und zentral zu wohnen, können sich bald nur noch Reiche leisten. Politisch besteht ein hoher Handlungsbedarf, eine Verschärfung des sozialen Mietrechts wird jedoch von den konservativen und rechten Parteien abgelehnt.

Vollbelege

- AfD Kreisverband Kitzingen-Schweinfurt. 2016. [Björn Höcke - AfD Demo Schweinfurt am 28.04.2016 - YouTube](#) (abgerufen 22.02.2024)
- Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 20/100. 2023. [Plenarprotokoll 20/100 \(bundestag.de\)](#) (abgerufen 22.02.2024)
- AfD Fraktion im deutschen Bundestag. 2021. [Brandner: Verfassungsgericht bestätigt Position der AfD-Fraktion zum Berliner Mietendeckel - AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag \(afdbundestag.de\)](#) (abgerufen 22.02.2024)

- TAZ. Der große AfD-Finanzier? 2021. [Immobilienhai Henning Conle: Der große AfD-Finanzier? - taz.de](https://www.taz.de/immobilienhai-henning-conle-der-groesse-afd-finanzier/) (abgerufen 22.02.2024)
- AfD Fraktion im deutschen Bundestag. Alice Weidel: Strompreisbremse ist ein interventionistischer Sündenfall. 2023. <https://afdbundestag.de/alice-weidel-strompreisbremse-ist-ein-interventionistischer-suendenfall/> (abgerufen 22.02.2024)
- AfD Fraktion im deutschen Bundestag. Schielke-Ziesing: AfD-Fraktion lehnt wirkungslose Grundrente ab. 2020. <https://afdbundestag.de/schielke-ziesing-afd-fraktion-lehnt-wirkungslose-grundrente-ab/> (abgerufen 22.02.2024)
- AfD. Konzept zur Sozialpolitik. Das Rentenproblem, Punkt 7: Private Vorsorge stärken. 2020. <https://www.afd.de/sozialkonzept/> (abgerufen 22.02.2024)
- AfD. Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. 2023. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online.pdf (abgerufen 22.02.2024)
- Deutscher Bundestag. AfD-Fraktion lehnt Lieferkettengesetz ab. 2021. <https://www.bundestag.de/presse/hib/819310-819310> (abgerufen 22.02.2024)
- Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 19/147. 2020 [Plenarprotokoll 19/147 \(bundestag.de\)](https://www.bundestag.de/plenarprotokoll/19/147) (abgerufen 22.02.2024)